

Die Ökonomie der Universität: Nutzen und Kosten universitärer Bildung

Workshop der Österreichischen Forschungsgemeinschaft

8. - 9. 3. 2013

Finanzierungsmodelle für Universitäten

Univ.Prof. Dr. Hans Pechar

Univ. of Klagenfurt, Fac. of Interdisciplinary Studies (IFF)

Vienna Location:

Inst. of Science Communication & Higher Education Research

Hans.Pechar@uni-klu.ac.at

Eine der wenigen konsensfähigen Aussagen in der österreichischen Hochschulpolitik bezieht sich auf die Unterfinanzierung der Universitäten. In dieser Finanzierungslücke kommt die Diskrepanz zwischen stark wachsenden gesellschaftlichen Anforderungen an die Universitäten – vor allem in Form von Studiennachfrage – und viel schwächer wachsenden beziehungsweise stagnierenden Ressourcen, welche die Gesellschaft den Universitäten zur Verfügung stellt, zum Ausdruck. Die Veränderungen bei der Hochschulfinanzierung haben mit dem rasanten Tempo der Hochschul-expansion nicht Schritt gehalten. Diese Diskrepanz ist ein globales Phänomen, fast alle Länder sind davon betroffen, allerdings in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Daher werde ich das Thema aus einer internationalen vergleichenden Perspektive behandeln und dabei drei Aspekte ansprechen:

- Die Höhe der Hochschulausgaben – wo steht Österreich in internationalen Vergleich, welche Länder stehen besser da und warum?
- Benötigt Österreich private Einnahmen, und wenn ja, können Sie einen relevanten Beitrag zur Finanzierung leisten?
- Ein letzter Punkt bezieht sich auf die Ausgabenseite des Hochschulbudgets. Welchen Differenzierungsgrad hat das Studienangebot, das mit diesen Ressourcen finanziert wird?

Meine Ausführungen fokussieren auf die Lehrleistungen der Universitäten, weil es diesbezüglich die stärksten hochschulpolitischen Konflikte gibt. Forschung ist dabei insofern mitgedacht, als es sich um forschungsgeleitete Lehre handelt. Weiters beschränke ich mich beim internationalen Vergleich auf den OECD Kernbereich, klammere also die am stärksten dynamische Region, die asiatischen Länder, aus, weil bei dieser Region kulturelle Faktoren ins Spiel kommen, die den Vergleich zusätzlich erschweren.

Welche Länder geben einen hohen Anteil des BIP für Hochschulen aus?

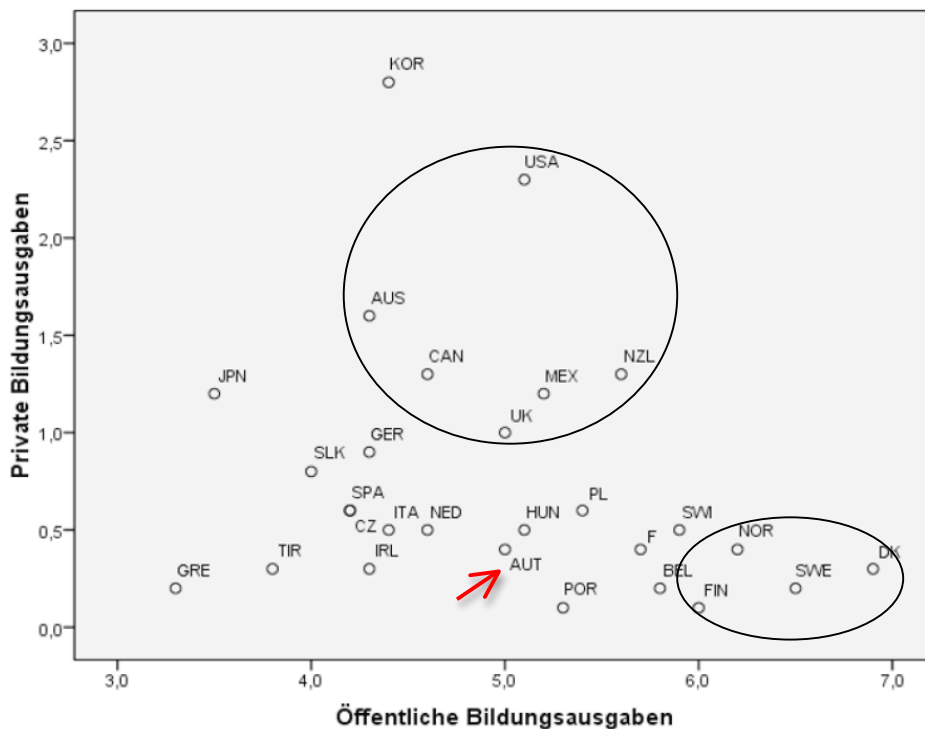
Als Kriterium für „gut finanziert“ werde ich ganz pragmatisch ein deutliches Überschreiten der Hochschulausgaben über den OECD Mittelwert nehmen. Es sind vor allem zwei Gruppen von Ländern, auf die das zutrifft: die meisten englischsprachigen Länder, vor allem jene Nordamerikas, und die nordischen Länder Europas. Interessanterweise repräsentieren diese beiden Ländergruppen sehr unterschiedliche Gesellschafts- und Sozialmodelle. Es liegt nahe, dabei auf die Typologie unterschiedlicher „Wohlfahrtsregime“ (Esping-Andersen 1990) Bezug zu nehmen. Die angelsächsischen Länder bilden das liberale Wohlfahrtsregime, die nordischen Länder Europas das sozialdemokratische oder universalistische Wohlfahrtsregime. Die Unterschiede zwischen diesen beiden Modellen sind offenkundig:

- starke Marktorientierung versus ein durch politische Regulierung „eingehogter“ Markt;
- ein minimalistischer versus ein stark ausgebauter Wohlfahrtsstaat;
- hohe versus niedrige Einkommensungleichheit (ausgedrückt im Gini-Koeffizient);
- niedrige versus hohe Steuern.

Gemeinsam ist beiden Ländergruppen der hohe Stellenwert der Bildung, der in beiden Fällen als Investition in Humankapital (im Gegensatz zu „zweckfreier Bildung“) verstanden wird. Der Unterschied liegt darin, dass in den liberalen Ländern die privaten Investitionen stärker betont werden, während in den nordischen Ländern Bildung stärker als gesellschaftliche Investition begriffen wird. Mit Verweis auf die hohen privaten Erträge erwartet man in den liberalen Ländern auch private

Beiträge der Nutzer von Hochschulbildung; und in der Tat sind die privaten Erträge in diesen Ländern besonders hoch. Hingegen sind die privaten Erträge tertiärer Bildung in den nordischen Ländern aufgrund der starken Einkommenskompression geringer. Bildung, auch tertiäre Bildung, wird stärker als öffentliches Gut betrachtet, welches auch aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren ist. Abb.1 zeigt die Relationen privater und öffentlicher Ausgaben innerhalb der OECD für den gesamten, nicht nur den tertiären Bildungsbereich. Aus dieser Darstellung wird deutlich, dass die beiden erwähnten Ländergruppen einerseits unterschiedliche und kohärente Muster bilden, dass andererseits die Summe aus öffentlichen und privaten Ausgaben in beiden Fällen sehr hoch ist.

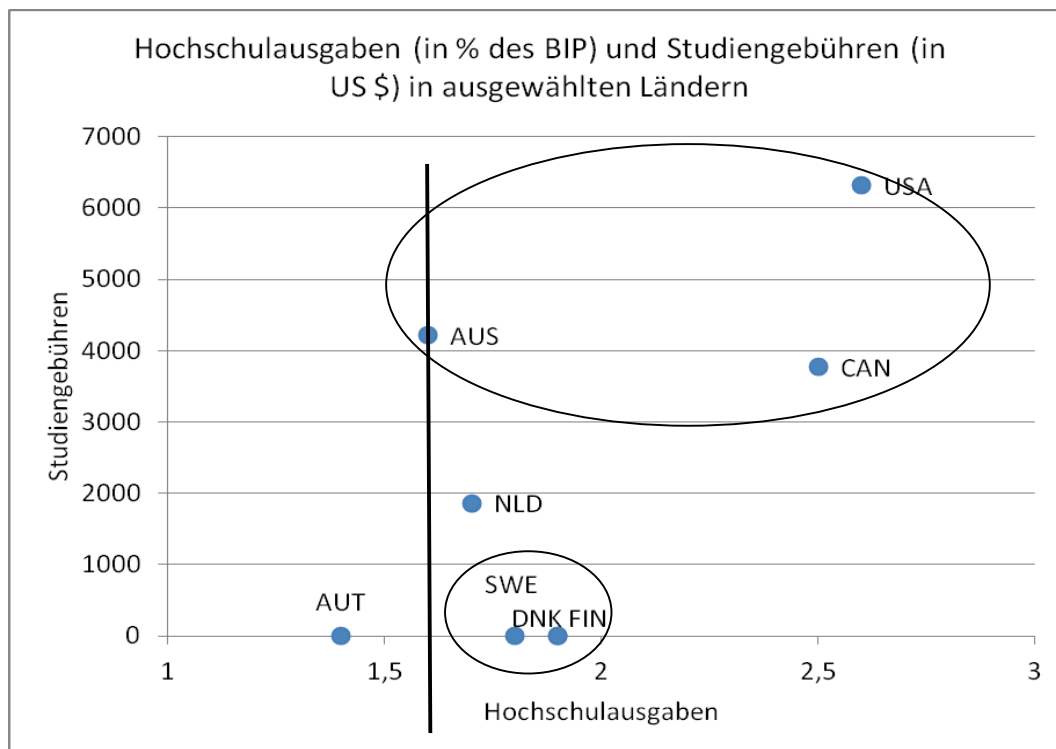
Abb1. Private und öffentliche Bildungsausgaben (in % des BIP) in 28 OECD-Staaten (2004)



Quelle: Wolf 2010

Dieses Muster ist im Hochschulbereich noch deutlicher ausgeprägt als auf der Ebene der gesamten Bildungsausgaben. Abb.2 zeigt den Zusammenhang von Hochschulausgaben und Studiengebühren für die beiden hier diskutierten Ländergruppen sowie für Österreich und die Niederlande. Die vertikale Linie stellt den OECD Durchschnitt dar, der im Jahr 2009 bei 1,6% des BIP lag. Es wird deutlich, dass die Ausgaben sowohl der nordischen Länder als auch der hier dargestellten liberalen Länder über dem OECD Durchschnitt liegen, während Österreich darunter liegt. In den nordischen Ländern gibt es keine Studiengebühren, während diese Gebühren in den liberalen Ländern sehr hoch sind.

Abb.2: Hochschulausgaben (in % des BIP) und Studiengebühren (in US \$) in ausgewählten Ländern (2009)



Quelle: OECD, eigene Zusammenstellung; die vertikaler Linie (1,6 % des BIP) stellt den OECD Durchschnittswert dar

Die nordischen Länder, weltweit die einzigen, welche ihre Hochschulsysteme unter Verzicht auf Studiengebühren großzügig finanzieren, haben auch weltweit die höchsten Steuerquoten; sie machen in Schweden und Dänemark nahezu die Hälfte des BIP aus. Umgekehrt haben die meisten liberalen Wohlfahrtsregime innerhalb der OECD die niedrigsten Steuerquoten; in den USA liegt sie unter 30 %. Österreich liegt dazwischen, bei leicht über 40 %. Dieser Zusammenhang ist in Tab. 1 dargestellt und in Abb.3 veranschaulicht.

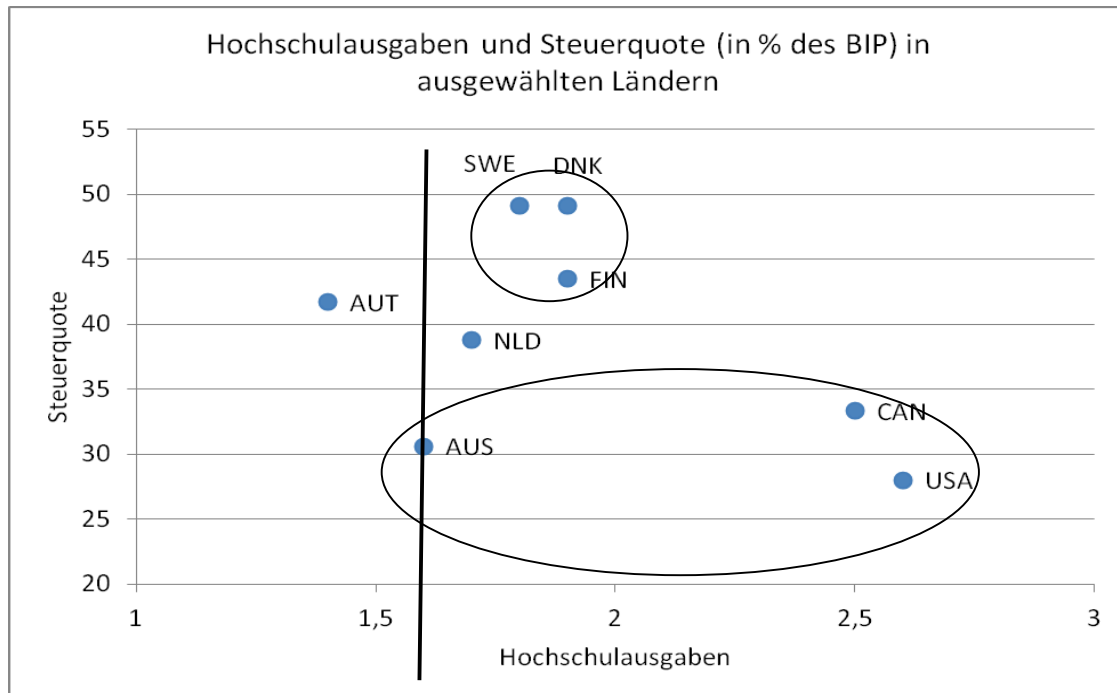
Tabelle 1: Zusammenhang von Hochschulausgaben, Studiengebühren und Steuerquote

	Hochschulausgaben, % BIP			Studiengebühren		Steuer- quote
	Gesamt	Öffentlich	Privat	Öffentliche U	Privatuni	
USA	2,6	1,0	1,6	6.312	22.852	28,0
CAN	2,5	1,5	0,9	3.774	-	33,3
AUS	1,6	0,7	0,9	4.222	9.112	30,6
DNK	1,9	1,8	0,1	-	-	49,1
SWE	1,8	1,6	0,2	-	-	49,1
FIN	1,9	1,8	0,1	-	-	43,5
NLD	1,7	1,2	0,5	1.861	-	38,8
AUT	1,4	1,4	0,1	825	-	41,7

Quellen: OECD EAG 2012 + OECD, Revenue Statistics 1965-2007 (2008)

Hochschuldaten beziehen sich auf 2005 (als es in A noch Studiengebühren gab), Steuerdaten auf 2007.

Abb.3: Hochschulausgaben und Steuerquote (jeweils in % des BIP) in ausgewählten Ländern (2005)



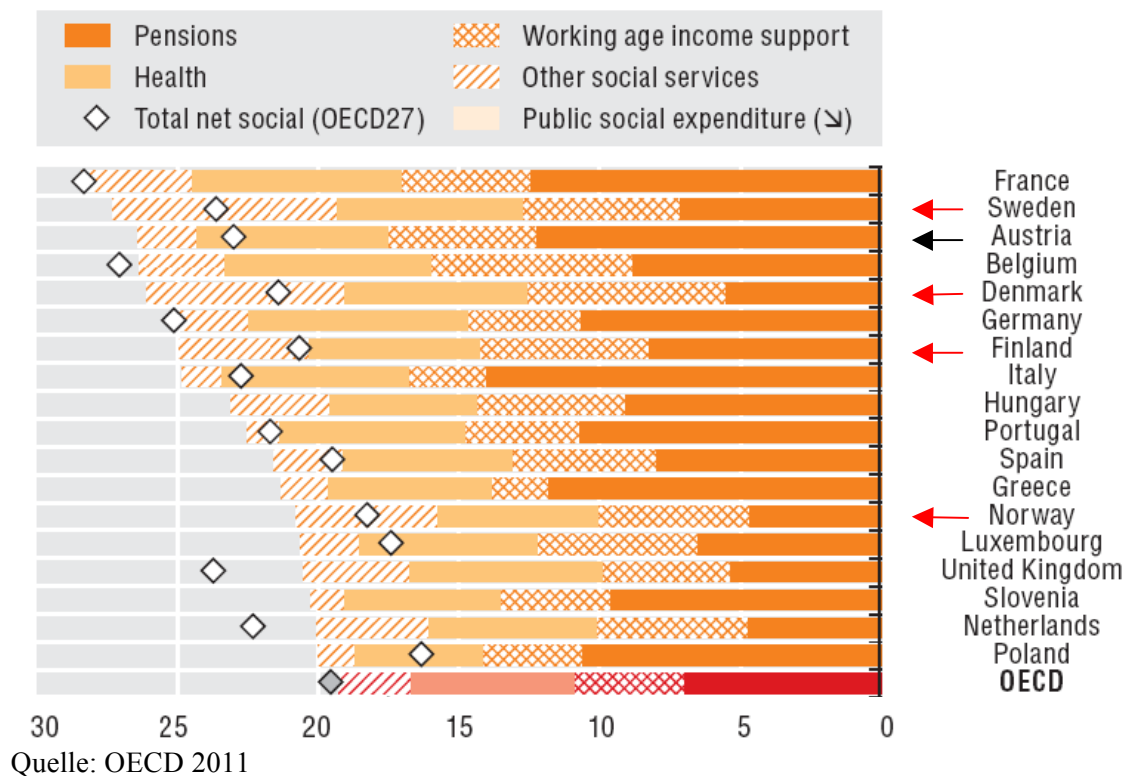
Quelle: OECD, eigene Zusammenstellung; die vertikaler Linie (1,6 % des BIP) stellt den OECD Durchschnittswert dar

Wir sind hier mit unterschiedlichen, historisch tief verwurzelten Politikmustern konfrontiert. In den nordischen Ländern besteht ein hohes Vertrauen in staatliche Institutionen und eine ebenso hohe Bereitschaft der Bevölkerung, diesen Staat mit hohen Steuermitteln zu finanzieren. Auf der anderen Seite sehen wir in den USA ein hohes Misstrauen in staatliche Institutionen und eine entsprechende Tradition des Steuerwiderstands. Ein nicht geringer Teil der amerikanischen Bevölkerung hält bereits die vergleichsweise niedrige Steuerquote von 30 % für zu hoch.

Eine Diskussion der Gründe für diese unterschiedlichen Traditionen würde diesen Rahmen sprengen. In unserem Zusammenhang reicht der Hinweis, dass Steuereinnahmen und Studiengebühren in einem komplementären Verhältnis stehen. Bei einer sehr hohen Steuerquote ist es möglich, die Hochschulen ausschließlich über öffentliche Mittel großzügig zu finanzieren. Bei einer sehr niedrigen Steuerquote sind ergänzend zur öffentlichen Finanzierung Studiengebühren erforderlich. Die meisten europäischen Länder, Österreich eingeschlossen, liegen bei der Steuerquote zwischen diesen beiden Extremfällen. Das ist eine Erklärung, warum die öffentlichen Hochschulausgaben hier nicht das Ausmaß der nordischen Länder erreichen. Der Umstand, dass es in den meisten europäischen Ländern keine – oder nur sehr geringe – Studiengebühren gibt, führt (relativ zu den nordischen und englischsprachigen Ländern) zur Unterfinanzierung der Hochschulsysteme.

Wie das Beispiel der Niederlande zeigt, kann aber durchaus ein mittlerer Weg eingeschlagen werden: eine Steuerquote, die zwischen dem liberalen und dem nordischen Muster liegt, sowie vergleichsweise geringe Studiengebühren, die aber doch spürbare Einnahmen generieren. Die Niederlande zählen – abgesehen von den nordischen Staaten – zu den am besten finanzierten europäischen Hochschulsystemen. Österreich liegt, was die Steuereinnahmen betrifft, ähnlich wie die Niederlande zwischen dem nordischen und dem liberalen Muster, verfügt aber – im Gegensatz zu den Niederlanden – über keine privaten Einnahmen für das Hochschulsystem.

Abb.4: Struktur der Sozialausgaben (in Prozent des BIP)



Für eine Beurteilung der fiskalischen Spielräume der öffentlichen Hochschulfinanzierung reicht aber eine rein einnahmenseitige Betrachtung nicht aus. Auch die Struktur der öffentlichen Ausgaben muss berücksichtigt werden. Eine Dimension, die für die Analyse wohlfahrtsstaatlicher Systeme von grundlegender Bedeutung ist, ist die „Altersorientierung“ der sozialen Ausgaben. Einige Länder – und erneut bildet der Norden Europas hier ein kohärentes Muster – fokussieren ihre öffentlichen Ausgaben auf Zukunftsinvestitionen, vor allem auf den Bildungsbereich. Hingegen geben sie nur einen relativ geringen Anteil ihrer öffentlichen Ausgaben für Pensionen aus. Demgegenüber geben vor allem die südeuropäischen Länder, aber auch Österreich, einen sehr hohen Anteil ihrer öffentlichen Sozialausgaben für Pensionen aus (vgl. Abb.4).

Sowohl einnahmen- wie ausgabenseitig gibt es also zwischen Österreich und den nordischen Ländern erhebliche Unterschiede bei den öffentlichen Haushalten. Der österreichische Fiskus verfügt nicht nur über einen geringeren Anteil des BIP als die Finanzminister der nordischen Länder, sondern Österreich gibt auch einen viel höheren Anteil als diese Länder für die Altersversorgung aus. Das bedeutet aber, dass für Investitionen in Bildung weniger zur Verfügung steht. Das ist ein weiterer Grund, warum der Anteil der Hochschulausgaben am BIP in den letzten beiden Jahrzehnten – trotz häufiger gegenteiliger Beteuerungen – nur schwach gewachsen ist.

Es gibt keine allgemeingültigen ökonomischen Gesetze, denen zufolge Hochschulsysteme für eine angemessene Finanzierung auf Studiengebühren angewiesen sind. Ob eine rein öffentliche Finanzierung ausreicht, hängt von Rahmenbedingungen und politischen Traditionen ab, die nicht von heute auf morgen geändert werden können. Auf der Basis der hier angestellten Überlegungen muss man die Chancen als gering einschätzen, dass Österreich das angestrebte Ziel von 2 % des BIP für die Finanzierung der Hochschulen ausschließlich mit öffentlichen Mitteln erreichen wird. Es liegt daher nahe – ähnlich wie die Niederlande – Studiengebühren in moderater Höhe zur Hochschulfinanzierung heranzuziehen.

Zur Kontroverse über Studiengebühren

Studiengebühren werden häufig als Prinzipienfrage betrachtet, bei der Kompromisse unmöglich sind. Das ist der Hauptgrund für die hohe emotionale Aufladung des Themas. Ich habe bislang argumentiert, dass in Österreich Studiengebühren deshalb erforderlich sind, weil angesichts der politischen Rahmenbedingungen eine ausreichende Hochschulfinanzierung ohne private Komponente unwahrscheinlich ist. Aus diesem pragmatischen Ansatz heraus werde ich nun zu vier Schlüsselfragen in der Debatte über Studiengebühren Stellung beziehen.

1. Können Studiengebühren überhaupt nennenswerte Einnahmen generieren? Merkwürdigerweise wird das häufig von denselben Personen bestritten, welche die studentische Belastung durch Studiengebühren besonders drastisch darstellen. Wenn die Gebühr aber für den einzelnen eine sehr hohe Belastung ist, wie kann dann die Summe aller Gebühren eine Bagatelle sein? Bekanntlich entstehen aus vergleichsweise geringen Beträgen, wenn sie von vielen Menschen bezahlt werden, sehr beachtliche Summen. Nach dieser Logik werden nicht nur Staatshaushalte finanziert, sondern auch freiwillige Spenden organisiert. Nur bei den Studiengebühren soll es sich – folgt man der Logik ihrer Gegner – umgekehrt verhalten.

Die meisten gut finanzierten Hochschulsysteme verfügen über mehrere Einnahmequellen. Das Gesamtbudget setzt sich dann aus mehreren Einzelpositionen zusammen, von denen einige relativ gering, aber deswegen nicht bedeutungslos sind. Die öffentlichen Hochschulausgaben übersteigen fast überall die Einnahmen aus Gebühren. Aber selbst so geringe Studiengebühren, wie sie in Österreich bis 2008 eingehoben wurden, sind eine wichtige Finanzierungskomponente. Bevor sie in eine Strafgebühr für „BummelstudentInnen“ umgewandelt wurden, betragen die Einnahmen aus Studiengebühren 154 Mio € (BMWF, 2011, 52). Das war zwar weniger als 10 % des Globalbudgets, das im selben Jahr 2.050 € betrug, aber keinesfalls ein zu vernachlässigender Betrag.

2. Wenn man die Einnahmen aus Gebühren als zu gering erachtet, liegt es nahe, diese zu erhöhen. Bei dem bislang in Österreich etablierten Gebührenmodell sind einer Erhöhung allerdings enge Grenzen gesetzt. Sofern die Gebühren schon während des Studiums fällig werden, müssen zur Sicherung der Sozialverträglichkeit einkommensschwache StudentInnen von den Gebühren befreit werden. Ca. ein Drittel der Studierenden zahlte in Österreich bis 2008 keine Gebühren – vorwiegend deshalb, weil ihre Eltern die entsprechende Einkommensgrenze unterschritten haben.

Ein einkommensabhängiges Darlehensmodell, wie es Ende der 1980er Jahre in Australien eingeführt wurde (Pechar/Keber 1996), ermöglicht höhere Einnahmen aus Studiengebühren, ohne finanzielle Barrieren für Studierende aus einkommensschwachen Familien zu errichten. Die privaten Beiträge werden hier erst nach Abschluss des Studiums fällig, bis dahin werden sie durch ein öffentliches Darlehen zwischenfinanziert. Zur Bestimmung der Sozialverträglichkeit wird hierbei nicht die Einkommenssituation im Elternhaus herangezogen, sondern jene der Studierenden, sobald sie im Erwerbsleben stehen. Bei einem Darlehensmodell können deshalb höhere Gebühren verlangt werden, weil das Risiko einer Fehlinvestition besser abgedeckt werden kann. Jene AbsolventInnen, die ihre Qualifikation am Arbeitsmarkt nicht oder nur ungenügend verwerten können, zahlen das Darlehen nicht oder nur teilweise zurück. Das Darlehensmodell hat aber den Nachteil, dass eine relativ lange öffentliche Anschubfinanzierung nötig ist. Dadurch ist es in Zeiten größerer Haushaltsprobleme für Regierungen nicht sehr attraktiv.

3. Steuern oder Gebühren? Auch hierbei handelt es sich nicht um eine Prinzipienfrage. Zweifellos müssen rein öffentliche Güter, also die Kernfunktionen des Staates, über Steuern finanziert werden. Aber Hochschulbildung ist ökonomisch gesehen ein gemischtes Gut, und in welchem Verhältnis für dessen Finanzierung öffentliche und private Quellen herangezogen werden sollten, ist eine pragmatische Frage. Tatsächlich werden in Österreich einige Bildungsgüter, bei denen die meisten Ökonomen eine rein öffentliche Finanzierung befürworten würden, über Gebühren finanziert, die großteils viel höher sind, als die in Diskussion stehenden Studiengebühren. Beispiele sind der Kindergarten oder die schulische Nachmittagsbetreuung. Diese Güter werden quer durch alle Einkommensschichten in Anspruch genommen, während die StudentInnen überproportional aus dem obersten Einkommensdrittel stammen. Unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit müsste man der öffentlichen Finanzierung vorschulischer Bildung Priorität gegenüber den Hochschulen einräumen.

Einige betrachten die Einführung vermögensbezogener Steuern als Patentlösung aller Probleme der Hochschulfinanzierung. Aber auch wenn solche Steuern eingeführt werden sollten, kann niemand garantieren, dass die daraus erzielten Einnahmen hauptsächlich oder gar ausschließlich den Hochschulen zugutekommen werden. Denn für Steuereinnahmen gilt das „Gesamtdeckungsprinzip“, welches verhindert, dass einzelne Einnahmequellen für spezifische Sonderzwecke gebunden sind. Dieses Prinzip soll den Gestaltungsspielraum einer demokratisch gewählten Regierung nicht beschneiden. Zwar gibt es zweckgebundene Steuern (zum Beispiel Mineralölsteuer), aber diese stellen die Ausnahme dar. Selbst bei der jüngst diskutierten Akademikersteuer ist unklar, ob diese im Sinne einer Zweckbindung ausschließlich den Hochschulen zugutekäme. Ausschließen kann man eine solche Zweckbindung bei allen derzeit diskutierten Vermögenssteuern. Hingegen kommen die Einnahmen aus Gebühren ausschließlich den Hochschulen zugute, und zwar in Relationen zu deren Beanspruchung.

4. Studiengebühren und andere private Kosten. Die Diskussion über die privaten Kosten eines Studiums ist in Österreich in unzulässiger Weise auf Studiengebühren eingeschränkt. Studiengebühren sind die direkten Kosten eines Studiums, denen indirekte Kosten oder Opportunitätskosten (Kosten des Verdienstentgangs) gegenüberstehen. Die Höhe dieser indirekten Kosten hängt zum einen vom Lohnniveau, zum anderen von der Dauer des Studiums ab. Die indirekten Kosten sind in den meisten Ländern höher als die Studiengebühren, aber in Österreich liegt der Verdienstentgang deutlich über dem OECD Schnitt. Das hat vermutlich mit der langen Studiendauer zu tun, die ihrerseits durch mehrere Faktoren bedingt ist, wobei die ungünstigen Betreuungsrelationen eine wichtige Rolle spielen. Diese Überlegungen legen nahe, dass die ausschließliche Fixierung auf Studiengebühren nicht im Interesse der Studierenden liegt. Vielmehr wäre pragmatisch zu überlegen, ob eine über Studiengebühren finanzierte Verbesserung der Studienbedingungen dazu führen könnte, dass der entscheidende private Kostenfaktor, der Verdienstentgang, sich spürbar verringert.

Differenzierung des Studienangebots

Auch bei der Hochschulfinanzierung ist es nötig, neben der Einnahmen- auch die Ausgabenseite zu betrachten. Welches Studienangebot wird mit jenen Ressourcen finanziert, von denen in den vorhergehenden Abschnitten gezeigt wurde, dass sie nicht das Niveau der fortgeschrittenen Wissensgesellschaften erreichen. Blickt man von dieser Seite auf das Finanzierungsdilemma der Universitäten, sticht die mangelnde Differenzierung des Studienangebots ins Auge.

In allen Ländern, in denen die Hochschulexpansion ohne große Verwerfungen und Qualitätseinbußen verlaufen ist, ist sie mit einer erheblichen Differenzierung des Studienangebots einhergegangen. Martin Trow hat schon Anfang der 1970er Jahre auf den Übergang von Elite- zu Massenhochschulsystemen hingewiesen (Trow, 2010). Aber er hat damit nicht sagen wollen, dass Elite- durch Massensysteme ersetzt werden, sondern dass Letztere neben Ersteren treten. Gerade das amerikanische Hochschulsystem ist ein treffliches Beispiel für das Überleben von Elitesegmenten in einem Massenhochschulsystem.

Die faktische Komplexität moderner Hochschulsysteme wird mit der Dichotomie von Masse versus Elite aber nur unzureichend beschrieben. In den meisten Ländern gibt es eine ausgeprägte vertikale und horizontale Differenzierung nach Profil, Qualität und Reputation des Studienangebots. Auch in den Kosten des Studienangebots schlägt sich diese Differenzierung nieder. Für unsere Zwecke ist es ausreichend, die Differenzierung nach Sektoren (Forschungsuniversitäten versus unterschiedliche nichtuniversitäre Sektoren) und die Stufung der Abschlüsse (gemäß der Bologna Studienarchitektur) zu betrachten. In beiden Dimensionen liegt der Differenzierungsgrad des österreichischen Studienangebotes deutlich unter dem anderer OECD-Länder. Besonders die in der heimischen hochschulpolitischen Diskussion als Referenzmodelle herangezogenen Länder mit sehr hohen Akademikerquoten zeichnen sich zugleich durch hohe Differenzierung aus. Die hohen Absolventenquoten spiegeln keinesfalls – wie hierzulande häufig unterstellt – eine hohe Zahl an Master- und Doktorratsabschlüssen an Forschungsuniversitäten wieder; vielmehr sind in diesen Ländern die nichtuniversitären Sektoren durchwegs größer als die universitären, und in beiden Sektoren tritt die Mehrzahl der AbsolventInnen mit einem Bachelor auf den Arbeitsmarkt über.

Beispielhaft sei hier auf den kalifornischen Masterplan verwiesen, welcher die Proportionen der öffentlichen Hochschulen dieses Staates festlegt. Diese sind in drei Segmente gegliedert:

- die University of California, ein Multicampus-System mit zehn Standorten (darunter Berkeley und die UCLA) und 215.000 Studenten (davon 160.000 Undergraduates), nimmt das bestqualifizierte Achtel der High School Absolventen Kaliforniens auf;
- die California State University mit 23 Standorten und 417.000 Studenten, nimmt ein Drittel der High School Absolventen auf; dieses Segment, das keine Doktoratsprogramme anbietet, entspricht etwa den Fachhochschulen Europas;
- die Community Colleges mit 109 Standorten und 2,5 Millionen Studenten; dieses Segment, in dem es zweijährige Abschlüsse gibt, ist für alle Personen mit einem High School Abschluss offen; Community Colleges sind keine Bildungssackgasse, sondern eröffnen die Möglichkeit eines Transfers in die anderen Sektoren.

In den meisten europäischen Ländern ist der Anteil der Studierenden in Forschungsuniversitäten höher, aber wie aus Tabelle 2 hervorgeht, nimmt der nichtuniversitäre Sektor auch hier zwischen einem Drittel und drei Viertel der neu eintretenden StudentInnen auf.

Tabelle 2: Anteil von Erstinskribenten in unterschiedlichen Hochschulsektor, in% (2000)

West European country	University sector	Non-university sector
The Netherlands	25	75
Belgium (Flanders)	30	70
Finland	40	60
Ireland	45	55
Norway	45	55
Denmark	50	50
Portugal	60	40
Sweden	60	40
Germany	70	30
Switzerland	70	30
Austria	85	15
Italy	90	10
United Kingdom	90	10
Spain	100	-

Quelle: Kyvik, 2004

Im Jahr 2000 traten in Österreich nur 10 % der ErstinskribentInnen an die Fachhochschulen über. Mittlerweile ist dieser Anteil deutlich gestiegen und betrug im Jahr 2011 etwa ein Viertel der Übertritte in das Hochschulsystem. Dennoch sind die Forschungsuniversitäten mit annähernd 80 % aller Studierenden weiterhin der mit Abstand größte Sektor des österreichischen Hochschulsystems (BMWF, 2012).

Auch bei der Stufung der Abschlüsse zeigt sich die geringe Differenzierung im österreichischen Hochschulsystem. Die Bologna Studienarchitektur wurde in Österreich zügig implementiert, aber da der Bachelor von vielen Akteuren nach wie vor als „Zwischenabschluss“ betrachtet wird, schließen nahezu 80% aller BachelorabsolventInnen unmittelbar ein Masterstudium an. Auch diesbezüglich ist der Unterschied zu den in der Debatte über die Akademikerquoten immer wieder herangezogenen Referenzmodellen gewaltig. In den USA machen Abschlüsse oberhalb des Bachelor (Master, PhD) nur ein Viertel aller Hochschulabschlüsse aus. Für Europa liegen diesbezüglich keine vergleichbaren Statistiken vor. Aber die Eurostudent Datenbank¹ erlaubt Aufschlüsse über die Absicht von Studierenden in Bachelor Studiengängen, in ein Masterstudium überzutreten. In fast allen europäischen Ländern ist der Anteil der Studierenden, die mit einem Bachelor auf den Arbeitsmarkt übertreten wollen, deutlich höher als in Österreich.

¹ <http://www.eurostudent.eu/results/data>

Schlussfolgerungen

Zusammengefasst stellt sich das Finanzierungsdilemma im österreichischen Hochschulsystem folgendermaßen dar: Österreich hat Schwierigkeiten, jenes Ausmaß an Ressourcen für Hochschulen zu mobilisieren, welches dem Wohlfahrtniveau des Landes angemessen wäre und zugleich nötig wäre, um in die Gruppe der „Innovation Leader“ aufzusteigen. Doch zugleich leisten wir uns mit diesen unzureichenden Ressourcen ein Studienangebot, das sich – will man es ausreichend finanzieren – auch die gut finanzierten Hochschulsysteme Nordamerikas oder der nordischen Länder nicht leisten könnten. Diese Länder differenzieren ihr Studienangebot und entlasten die Forschungsuniversitäten und die anspruchsvollsten und teuersten Studienangebote von einem unfinanzierbaren Massenandrang.

Um aus diesem Dilemma herauszukommen benötigt Österreich eine Erhöhung der Hochschulausgaben, und als wichtigste Finanzquelle ist hier die öffentliche Hand gefordert, ihre Prioritäten zu überdenken. Ohne Studiengebühren wird Österreich die angestrebten 2% des BIB freilich noch lange nicht erreichen. Über eine Erhöhung der Einnahmen hinaus wird es auch nötig sein, dass Studienangebots stärker zu differenzieren und sich dabei am Bedarf einer wissensbasierten Ökonomie zu orientieren.

Literatur

BMWF (2011): Universitätsbericht 2011. Wien: BMWF

BMWF (2012): Statistisches Taschenbuch 2012. Wien: BMWF

Esping-Andersen, Gosta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton: Princeton University Press.

Kyvik, Svein (2004): Structural Changes in Higher Education Systems in Western Europe. In: *Higher Education in Europe XXIX* (3), 393–409.

OECD (2008): *Taxing Wages*, Paris: OECD.

OECD (2011): *Society at a Glance 2011*. OECD Social Indicators, Paris: OECD

OECD (2012): *Education at a Glance 2012*. OECD Indicators, Paris: OECD

Pechar, Hans/Keber, Christian (1996): *Abschied vom Nulltarif. Argumente für sozialverträgliche Studiengebühren*. Wien: Passagen.

Trow, Martin (2010): Problems in the Transition from Elite to Mass Higher Education. In: derselbe: *Twentieth-Century Higher Education*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press, 86-142.

Wolf, Frieder (2010): Beiträge privater Haushalte. In: Heiner Barz (Hrsg.), *Handbuch Bildungsfinanzierung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010, 307-316.